

## Johannes-Maria Lex

---

**Von:** DAS STEUERTEAM DER PLATTFORM EDUCARE [steuerteam@plattform-educare.org]  
**Gesendet:** Dienstag, 11. Jänner 2011 16:09  
**An:** josef.proell@bmf.gv.at; josef.proell@oevp.at  
**Betreff:** Zukunft der Elementarpädagogik in Österreich

**Plattform EduCare**  
elementare und außerschulische Bildung  
**Steuergruppe**  
<http://www.Plattform-EduCare.org>  
[Mitglieder des Steuerteams](mailto:Mitglieder_des_Steuerteams@Plattform-EduCare.org)  
[Steuerteam@Plattform-EduCare.org](mailto:Steuerteam@Plattform-EduCare.org)

---

Herrn Vizekanzler und Finanzminister  
DI Josef Pröll  
[josef.proell@bmf.gv.at](mailto:josef.proell@bmf.gv.at)  
[josef.proell@oevp.at](mailto:josef.proell@oevp.at)

Betrifft: Zukunft der Elementarpädagogik in Österreich

Sehr geehrter Herr Vizekanzler!

Sie haben in den letzten Tagen ein viel beachtetes **Bildungskonzept** der Österreichischen Volkspartei vorgestellt, das wir – soweit bekannt – auch unseren Mitgliedern und MultiplikatorInnen im Rahmen unseres Informationsdienstes österreichweit zukommen haben lassen.

Unserer Kenntnis nach findet sich darin die **Elementarpädagogik** nur mit der Forderung, dass es bei mangelnder Sprachkompetenz eine verpflichtende Förderung in Kindergarten, Vorschule und Volksschule geben soll.

Schlechttreden ist nicht der Stil der Plattform EduCare: wohl aber hinweisen auf konstruktive Vorschläge und Ideen und das Aufschieben längst überfälliger Reformen, auf fertige Konzepte, die längst bei den zuständigen Ministerien und den Ländern liegen – wo offenbar „nur“ der Wille und der Mut zu Reformen fehlt, verfassungs- und verwaltungspolitische Schritte zu setzen.

Gerade auf dem Gebiet der Elementarpädagogik – und hier insbesondere im Kindergartenwesen – gäbe es einen wichtigen Schritt für Österreich zu setzen: ein **bundeseinheitliches Rahmengesetz für die Qualität der Kinderbildungseinrichtungen**.

Derzeit **neun (!) unterschiedliche Gesetze** der Bundesländer führen zu unterschiedlichsten (auch finanziellen) Rahmenbedingungen für Kinder, Eltern und Personal sowie TrägerInnen-Organisationen hinsichtlich

- Gruppengröße,
- Verhältnis MitarbeiterInnen/Kinder
- Arbeitszeiten und Bezahlung der PädagogInnen
- Vor- und Nachbereitungszeit bzw. Fort- und Weiterbildung der PädagogInnen
- Räumliche Anforderungen
- Öffnungszeiten/Ferienordnung
- Höhe der Elternbeiträge
- Qualifikation/Bezeichnung/organisatorische Einbindung der pädagogischen Aufsicht
- Qualifikation/Bezeichnung von Leiterinnen, Helferinnen, AssistentInnen...
- Finanzierung
- u.a.m.

Die Situation für Tagesmütter/-väter/-familien ist ähnlich gelagert.

Zwischen Frau Staatssekretärin **Marek** (ÖVP), den MinisterInnen, **Schmied** (SPÖ), **Hahn** (ÖVP), **Heinisch-Hosek** (SPÖ) wurden gemeinsam mit den **Bundesländern** sowohl quantitative wie auch qualitative Neuregelung im Elementarbildungswesen erreicht: die Einführung des verpflichtenden letzten Kindergartenjahres war mit der §15a-Vereinbarung zwischen Bund und Ländern ein entscheidendes Ereignis in der Elementarbildungslandschaft Österreichs. Der **Bildungsrahmenplan**, die **frühe Sprachförderung** und andere bundeseinheitliche Regelungen erfüllen teilweise langjährige Forderungen der Plattform EduCare.

Dies Errungenschaften sowie die unterschiedlichsten Regelungen in den Ländern, den Gemeinden und bei den TrägerInnenvereinigungen - gekoppelt mit den zu Recht bestehenden Anspruch bildungsbewusster Eltern auf optimale Bildung und Betreuung ihrer Kinder – und dem Mangel an PädagogInnen, haben diese (und auch die elementarpädagogischen Einrichtungen) stark unter Druck gesetzt.

Viele ElementarpädagogInnen fühlen sich mit Aufgaben belastet, für die sie in einem zu *frühen Alter* und oder zu *wenig differenziert* ausgebildet worden sind: die Relationen zwischen den Anforderungen an die PädagogInnen, dem Status von Aus- und Weiterbildung, den Rahmenbedingungen für Planung und Reflexion sowie der Entlohnung sind schon lange *nicht mehr adäquat*.

Für bestenfalls knapp 2.000 Euro brutto sollen sie Bildungspläne umsetzen und Sozialarbeit leisten, spezielle Sprachförderung durchführen, individuelle Entwicklungspläne erstellen und Kinder mit erhöhtem Förderbedarf begleiten, mit SchulpädagogInnen und SozialarbeiterInnen zusammenarbeiten, Öffnungszeiten ausweiten, als ErziehungspartnerInnen der Eltern agieren, flexible Dienstzeiten akzeptieren und selbstbezahlte Fortbildung in der Freizeit absolvieren. Obwohl die Anforderungen an Kindergarten- und HortpädagogInnen im Sinne von Prävention, Förderung, Beratung, Fortbildung und die Forderungen an sie von Eltern, Gesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft und Politik sich wesentlich erhöht haben, sind die Vorbereitungs- und Reflexionsstunden seit mehr als 30 Jahren (von 0 Stunden bis 8 Stunden wöchentlich) unverändert!

Im Sinn des Wohls der Kinder, im Sinn der physischen und psychischen Gesundheit der PädagogInnen im Sinn der Zukunft und nachhaltigen Entwicklung unseres sind dringend Änderungen angesagt!

Angesichts des bundesweiten Mangels an Kindergarten- und HortpädagogInnen kann einer Evaluierung und damit einhergehend einem kurzfristigen *quantitativen* Stopp beim Ausbau von Elementarbildungseinrichtungen durchaus Verständnis entgegengebracht werden, der damit einhergehenden qualitativen allerdings nicht: die **Beeinträchtigung der Sprachförderung** ist schlichtweg abzulehnen.

Angesagt ist die *Qualitätsoptimierung* der elementaren und außerschulischen Bildungseinrichtungen - im Sinn der Kinder, Eltern, Kindergarten- und HortpädagogInnen sowie der TrägerInnenvereinigungen.

Die *Plattform EduCare* hat bereits 2005 in gemeinsamer Arbeit aller facheinschlägigen ExpertInnen Grundlangen für ein **Bundesrahmengesetz zur Qualitätssicherung in elementaren und außerschulischen Bildungseinrichtungen** ausgearbeitet: von „Altersgemäßen Bildungsangebot“ über „Ausstattung und Raumbedarf“, „Individuelle Bedürfnisse“ sowie „Mindeststandards“ bis zu „Zusammenarbeit mit Erziehungsberechtigten“: <http://www.plattform-educare.org/bundesrahmengesetz.htm>.

SPÖ (2006) und GRÜNE (2009) haben auf dieser Grundlage bereits parlamentarische Anträge auf Gesetze gestellt - und wurden in die Gremien verwiesen.

Die neue **PädagogInnen-Ausbildung** steht auf gutem Fundament. Ministerin **Karl** (ÖVP) und Ministerin **Schmied** (SPÖ) sind offensichtlich gewillt, hier einiges in die Wege zu leiten. Bei allen Stakeholder-Konferenzen war die Elementarpädagogik vertreten und konnte ihre Ansichten weitestgehend einbringen! Wir können also guter Hoffnung sein, dass die Neuregelung in unserem Sinn – nämlich tertiär unter der Dach der gesamten PädagogInnen-Ausbildung - erfolgt.

Die offensichtlich beste Zusammenarbeit zwischen der Unterrichts- und Wissenschaftsministerin gibt Hoffnung, dass nicht allein im (Aus-) Bildungsbereich, sondern auch im Tagesgeschäft über die Parteigrenzen hinweg konstruktive Arbeit geleistet werden kann!

Sehr geehrter Herr Vizekanzler!

Wir appellieren an Sie als **Vizekanzler und Parteiobmann** und die Frauen in der Bundesregierung - **Heinisch-Hosek, Karl, Remler** und **Schmied** - den guten Weg, der eingeschlagen worden ist, nachhaltig weiter zu gehen: im nächsten Schritt muss die Qualität der elementaren und außerschulischen Bildung verbessert werden!

Durch ein **Bundesrahmengesetz für die elementaren und außerschulischen Bildungseinrichtungen**.

Wir freuen uns auf Ihre Antwort und vor allem auf Ihre Initiativen in der Bundesregierung! Wir empfehlen uns

mit freundlichen Grüßen

**Plattform EduCare**  
**Steuerteam**

*i.A. Johannes-Maria Lex*

Öffentlichkeitsarbeit, Informationsdienst und Mitgliederbetreuung